

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Zeitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 64.

Montag, 18. März

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Wochentags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 4874, Redaktion Nr. 4874.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsdruck (Eingeliefert) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Se. Königl. Hoheit der Kronprinz ist in Korfu eingetroffen.

Die Bergarbeiter im Zwickauer und Lugau-Königser Revier treten heute in den Streik.

In Wien fand gestern der erste österreichische Frauenstimmrechtstag statt.

Nach dem offiziellen Communiqué hat die Ständige Kommission der internationalen Konferenz gestern zwei Sitzungen abgehalten, nach deren Beendigung die diplomatischen Abkommen unterzeichnet wurden. Die Konvention ist danach auf eine Zeitdauer von fünf Jahren erneuert worden.

Der deutsche Dampfer „Argensfels“ ist in der Nähe von Punta Gires an der marokkanischen Nordküste gestrandet. Der erste Offizier und ein Bootsmann sind ertrunken.

Auf der See bei Tanagerog ereignete sich eine schwere Gasexplosion. 49 Leichen sind geborgen. Mehr Arbeiter erlitten überdies schwere Brandwunden.

Die Porte ist von der Antwort Italiens bezüglich der Friedensbedingungen in Kenntnis gesetzt worden. Diese lauten auf Zurückziehung der türkischen Truppen und Anerkennung der Annexion Libyens, wogegen Italien sich zu einer Geldentschädigung bereit erklärt. Die Porte hält, wie verlautet, diese Bedingungen für unannehmbar.

Die neue revolutionäre Regierung auf Areta hat beschlossene, künftighin alle Dekrete im Namen des Königs der Hellenen zu unterzeichnen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben drei große Kreuzer der pazifischen Flotte zu einem Aufenthalt von unbestimmter Dauer nach den Philippinen beordert.

Ämtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Obermedizinalrat Dr. Lufft zum medizinischen Räte und den Landbestiarzt Obermedizinalrat Prof. Dr. Edelmann zum Räte für Veterinärwesen im Ministerium des Innern, beide mit dem Titel und Range als Geheimer Medizinalrat (Ministerialrat), sowie den bisherigen Beirat in baupolizeilichen Angelegenheiten bei der Kreishauptmannschaft Dresden, Bauart Bähr zum bautechnischen Räte im Ministerium des Innern mit dem Titel und Range als Oberbaurat zu ernennen.

Auf Grund des § 26 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 (R. G. Bl. S. 976) wird hiermit folgendes bestimmt:

Im Sinne dieses Gesetzes sind höhere Verwaltungsbehörde die Kreishauptmannschaft, Polizeibehörde die Amtshauptmannschaft, und in Städten, in denen die Revidierte Städteordnung eingeführt ist, der Stadtrat, Ortspolizeibehörde der Stadtrat, die Bürgermeister der mittleren und kleinen Städte, die Gemeindevorstände und die Gutsvorsteher. 157 III J. Dresden, am 11. März 1912.

Ministerium des Innern. 1949
Bischoff.

Die königliche Kreishauptmannschaft hat dem Ratscher Ernst Hermann Rischel in Dresden für das von ihm in den Jahren 1911 und 1912 mit Mut und Entschlossenheit bewirkte Aufhalten von durchgehenden Werten in Dresden eine Geldbelohnung bewilligt. 671 III Dresden, am 5. März 1912. 1968

(Besondere Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichem Hofe.

Dresden, 18. März. Se. Majestät der König nahm vormittags die Vorträge der Herren Staatsminister sowie

des Kabinettssekretärs entgegen und wird abends die Vorstellung im Königl. Schauspielhaus besuchen.

Dresden, 18. März. Bei Ihrer Königl. Hoheit dem Prinzen und der Frau Prinzessin Johann Georg fand gestern mittags 1/2 Uhr Familientafel statt, an der Se. Majestät der König und Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen und Prinzessinnen des Königlichem Hofes teilnahmen.

Deutsches Reich.

Kaiserlicher Hof.

Berlin, 17. März. Se. Majestät der Kaiser empfing heute mittags um 1/2 Uhr den bayerischen Ministerpräsidenten Herrn v. Hertling. Zur Frühstückstafel bei Ihren Majestäten waren u. a. geladen Fürst und Fürstin Alois zu Löwenstein, Frhr. v. Hertling und Abtissin Frau v. Rohr.

Ihre Majestät die Kaiserin wird sich bald nach Ostern zum Kuraufenthalt nach Bad Nauheim begeben.

Bundesrat.

Berlin, 17. März. In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurde der Entwurf neuer Bestimmungen über die Viehseuchenstatistik und den Nachrichtendienst bei Viehseuchen dem zuständigen Ausschusse überwiesen. Über die Befugnis der Präsidentenstelle und der Stellen von zwei Mitgliedern im Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angehörige wurde Beschluß gefaßt. Zugestimmt wurde der Vorlage, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten etc.

Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamt.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt's Kühn steht seit 1874 im Staatsdienst und ist seit 1892 im Reichsschatzamt tätig. 1874 wurde er Referendar und 1879 Gerichtsassessor im Bezirk Köslin. Bald darauf erhielt er seine Anstellung als Kreisrichter in Köslin, kam aber noch im Oktober desselben Jahres bei der Justizreform als Amtsrichter nach Marggrabowa. Im folgenden Jahre wurde er in gleicher Eigenschaft nach Rügenwalde versetzt, schied aber 1883 behufs Uebertritts in die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem Justizdienst aus. Er wurde dann Regierungsassessor und Justizrat bei der Provinzialsteuerdirektion in Stettin und rückte 1886 zum Oberzolinspektor und Regierungsrat in Thorn auf. Drei Jahre später wurde er Regierungsrat bei der Provinzialsteuerdirektion in Berlin und kam 1892 als Vortragender Rat und Geh. Regierungsrat in das Reichsschatzamt. 1896 rückte er zum Geh. Oberregierungsrat und im Mai 1905 zum Direktor im Reichsschatzamt auf. Aus Anlaß der Verabschiedung der Finanzreform, bei deren Beratungen er die Regierung im Plenum und in den Kommissionen mehrfach vertreten hat, wurden ihm die Brillanten zum Roten Aderorden zweiter Klasse verliehen. Am 21. Januar 1910 war er Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt geworden.

Zum Rücktritt des Staatssekretärs Bermuth

schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Herr Bermuth's Rücktrittschluß wird in den weitesten Kreisen aufrechtig bedauert werden. Die Darlegungen, mit denen er die unter seiner Leitung aufgestellten Reichstags einbrachte, waren jedesmal ein Muster von Klarheit und Sachkenntnis. Wenn unsere Finanzen heute sich in einem Zustande der Gefährdung befinden, wie es vor zwei Jahren noch kaum gehofft wurde, so ist dies nicht zum kleinsten Teil das persönliche Verdienst des scheidenden Staatssekretärs. Herr Bermuth ist von Beginn seiner Amtsführung mit Energie dafür eingetreten, daß keine neue Ausgabe ohne hinreichende Deckung bleiben darf. Dieses Prinzip ist auch in den Besprechungen des Reichstags mit einzelnen Ministern über Begehren und Deckungsfrage voll anerkannt worden und wird auch gegenüber den neuen Begehren zur Anwendung kommen. Um so mehr bedauern wir, daß Herr Bermuth sich entschlossen hat, um seine Entlassung zu bitten.

Die finanzielle Deckung der Wehrvorlagen.

Zu diesem Gegenstand schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“:

Der Gedanke lag nahe, gerade diesen Weg einzuschlagen. Es handelt sich um den Plan, die den Brannen gewährten Kontingentierungsvorteile aufzuheben, um eine alte Forderung der linksstehenden Parteien. Diese Stellungnahme der Liberalen konnte natürlich für sich allein noch nicht bewirken, daß auch der Bundesrat sich mit der Frage ernstlich befaßte. Dies konnte erst geschehen, nachdem man sich vergewissert hatte, daß auch auf konservativer Seite für die Opferung der „Liebergabe“ Zustimmung vorhanden war. Infolgedessen wurde Fühlung mit der konservativen Fraktion genommen, und da ergab sich, daß auf Grund der Erklärungen, welche die norddeutschen Dresdner abgaben, hier kein Wert mehr auf das Fortbestehen des Kontingentierungsvorteiles gelegt wurde. Die Einkünfte, welche die Reichsverwaltung

sich von deren Beseitigung verspricht, werden auf 30 bis 40 Mill. M. jährlich veranschlagt. — Wie wir weiter mitteilen können, sollen die jüdischen Brennereien für den Ausfall, den sie durch die volle Verbrauchsabgabe auf den Kontingentiergeistern erleiden, in einer noch zu beratenden Weise entschädigt werden, die norddeutschen Brennereibetriebe hingegen sollen die sogenannte „Liebergabe“ ohne irgendwelche Entschädigung verlieren. Die Einbringung der Wehr- und Deckungsvorlage wird erst nach der Ostererholung erfolgen. Das Plenum des Bundesrats hat sich übrigens erst gestern nachmittags mit der Deckungsvorlage beschäftigt und über sie beschließen können.

In mehreren Blättern begegnen wir der Ansicht, daß die Beseitigung der „Liebergabe“ im Verhältnis zu den neuauftretenden Mitteln nur einen verschwindenden Betrag darstellen würde. Dabei wird als durch neue Steuern aufzubringen viel zu hohe Summe, in einzelnen Blättern sogar ein Betrag von 170 bis 180 Mill., genannt. Wir möchten daran erinnern, daß auch bisher nicht daran gedacht worden ist, die Reusforderungen völlig durch neue Steuern zu decken. Der durch neu aufzutreibende Mittel zu deckende Betrag reicht auch nach den früheren Berechnungen nicht annähernd an die genannte Summe heran. Die durch Erweiterung der Erbschaftsteuer aufzubringende Summe würde sich nach dem Maßstab der Pläne von 1909 auf etwa 60 Mill. belaufen haben. Aus der Beseitigung der „Liebergabe“ würden bis zu 40 Mill. zu erwarten sein. Der Unterschied ist also keineswegs erheblich. Aufgabe der Ministerbesprechung war es, sich darüber schlüssig zu werden, welcher Teil der neuen Ausgaben durch Erzielung neuer Einnahmequellen zu decken sein würde. Die Höhe dieser Summe ist unter völliger Wahrung der bisherigen Grundsätze der Reichsfinanzverwaltung festgesetzt worden.

Zur Richtigstellung.

Die Pensionierung des Präsidenten des Statistischen Amtes van der Borcht, die in letzter Zeit in den Verhandlungen der Budgetkommission und des Plenums des Reichstags Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen ist, wird auch in der Presse fortwährend unter den verschiedensten Gesichtspunkten behandelt. Neuerdings ist in Nr. 138 der „Magdeburgerischen Zeitung“ vom 15. d. M. die Vermutung ausgesprochen worden, daß die Pensionierung des genannten Beamten erfolgt sei, weil der Staatssekretär des Innern gewünscht habe, die Stelle des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes anderweitig zu besetzen, obwohl van der Borcht nicht dienstunfähig im Sinne des Reichsbeamtengesetzes gewesen sei.

Dieser Unterstellung gegenüber genügt es, auf die vom Staatssekretär des Innern in der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags vom 1. d. M. abgegebenen Erklärungen Bezug zu nehmen, durch die festgestellt ist, daß der Präsident van der Borcht auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt ist, nachdem er durch ein ärztliches Attest nachgewiesen habe, daß er zur Erfüllung der Pflichten seines Amtes dauernd unfähig sei, und seine vorgelegte Behörde auf Grund von den zuständigen Beamten aus eigener Wahrnehmung geschöpften Überzeugung das gleiche befundet hatte.

Hundertmark-Scheine im alten Format.

Das Reichsbankdirektorium hat an den Deutschen Handelstag das nachstehende Schreiben gerichtet:

Die in der Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstags vom 9. Oktober v. J. geführten Klagen über die Unhandlichkeit der neuen 100 M.-Noten sind auch von andern Seiten erhoben worden. Wir dürfen demgegenüber daran erinnern, daß in anderen Ländern Noten umlaufen, welche ein größeres Format als die 100 M.-Noten haben, wie z. B. die holländische 60 Gulden-Note, die englische 5 Pf. Steel- und die russische 100 Rubel-Note, ohne daß ihnen, soweit hier bekannt, der Vorwurf der Unhandlichkeit gemacht worden wäre. Wollte sich das Publikum bei uns ebenso wie in anderen Ländern zur Aufbewahrung von Papiergeld der Briefkästen bedienen, so würde es an dem Format der 100 M.-Noten vermutlich keinen Anstoß mehr nehmen.

An eine Wiederausgabe der alten 100 M.-Note können wir schon aus dem Grunde nicht denken, weil es bereits mehrere nicht ungefährliche Nachahmungen von ihr gibt. Wollte man die neue Note auf das Format der alten zurückführen, so müßte das Wasserzeichen fortfallen, das bei dieser Note als Schutz nicht entbehrt werden kann. Mit dem Wasserzeichen, den flaren und schönen Reduktionköpfen auf der Vorderseite und den feinen Schattierungen in der blauen Farbe ist die neue Note aber besser gegen Fälschungen geschützt, als es die alte 100 M.-Note war, was für das Publikum mindestens ebenso schwer wiegen sollte wie ein bequemeres Format. Immerhin rechnen wir darauf, daß die neue Note in erster Linie wegen des Formats tatsächlich beliebt ist, und werden daher in Zukunft bei der Herstellung von 100 M.-Noten dem Wunsche des Deutschen Handelstags entsprechend wieder auf das frühere Format zurückgreifen.

Reichstag.

Sitzung vom 18. März 1912.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Delbrück. Vizepräsident Lohse eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 16 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt das Wort zur Geschäftsordnung